

BUNDESGERICHTSHOF

IX ZB 53/71

B E S C H L U S S

in der Entschädigungssache

Jaroslav S [REDACTED],

[REDACTED] M [REDACTED]-Street, T [REDACTED]/Kanada,

Kläger und Beschwerdeführer,

- Prozeßbevollmächtigte: Rechtsanwälte Dr. [REDACTED] [REDACTED] [REDACTED]

gegen

Bundesrepublik D e u t s c h l a n d ,
vertreten durch das Bundesverwaltungsamt in Köln,
Habsburgerring 9,

Beklagte und Beschwerdegegnerin

Der IX. Zivilsenat des Bundesgerichtshofs hat am 11. Juli 1974 durch den Vorsitzenden Richter Mai und die Richter Zorn, Henkel, Fuchs und Portmann

beschlossen:

Die Beschwerde des Klägers gegen die Nichtzulassung der Revision im Urteil des 5. Zivilsenats des Oberlandesgerichts in Köln vom 30. Juli 1970 wird zurückgewiesen.

Das Beschwerdeverfahren ist gebühren- und auslagenfrei; die außergerichtlichen Kosten trägt der Kläger.

Gründe

Die Voraussetzungen für die Zulassung der Revision nach § 219 Abs. 2 ZPO sind nicht gegeben.

Das Berufungsgericht verneint einen Anspruch des Klägers nach Art. VI EEG-Schluss, weil seine Verbringung zum Zwangsarbeitseinsatz vorwiegend zur Deckung des kriegsbedingten Arbeitskräftemangels im Deutschen Reich erfolgt und bestimmender Grund für seine Inhaftierung die Mitgliedschaft zur ukrainischen Widerstandsbewegung OUN gewesen sei. Diese Feststellungen beruhen auf der tatrichterlichen Würdigung des festgestellten Sachverhalts und der historischen Beurteilung der damaligen Verhältnisse; sie können vom Revisionsgericht nicht nachgeprüft werden und rechtfertigen daher auch nicht die Zulassung der Revision.

- 3 -

Rechtsfehler sind nicht erkennbar. Das Oberlandesgericht hat die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs im Rahmen von Art. VI BEG-Schluss zur Entschädigung von Zwangsarbeitern und Angehörigen einer Widerstandsbewegung berücksichtigt (vgl. RzW 1970, 566 Nr. 30; 567 Nr. 31; 1969, 572 Nr. 33; 575 Nr. 36). Auf BGR RzW 1969, 519 Nr. 68 kann sich der Kläger nicht berufen. Dieser Entscheidung lag ein anderer Sachverhalt zugrunde. Nach den dort im Berufungsurteil getroffenen Feststellungen hatte die Gestapo den Kläger am Tage des Kriegsausbruchs im Verlauf einer auf das ganze damalige Reichsgebiet erstreckten, gegen "politisch unzuverlässige" Personen gerichteten Maßnahme verhaftet, ohne bestimmte Anhaltspunkte für die Annahme zu haben, er gehöre einer Widerstandsbewegung an. Im vorliegenden Fall hat dagegen das Oberlandesgericht solche Anhaltspunkte festgestellt, insbesondere die Zugehörigkeit des Klägers zur OUN, die Verhaftung seines Vaters und Bruders wegen ihrer Mitwirkung bei der Proklamation der Selbstständigkeit der Ukraine und seinen eigenen Einsatz im Studentenclub in W. für die Selbstbestimmung der Völker. Wie sich aus den beigelegten Strafakten des ehemaligen Gestapo-Besetzten W. ergibt, sind die maßgeblichen NS-Stellen auch von der Zugehörigkeit des Klägers zur OUN ausgegangen. In solchen Fällen können auch vorbeugende Maßnahmen, die aus Sicherheitsgründen getroffen wurden, ausreichen, um die Vermutung des Art. VI Nr. 1 Abs. 1 Satz 3 BEG-Schluss als widerlegt anzusehen.

Auch die Fortbildung des Rechts oder die Sicherung einer einheitlichen Rechtsprechung erfordert nicht eine Entscheidung des Bundesgerichtshofs. Ob Ukrainer unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft aus Gründen ihrer Nationalität geschädigt worden sind, läßt sich rechtsgrundsätzlich nicht entscheiden, weil diese Frage auf tatsächlichen und histori-



sehen Gebiet liegt. Im Übrigen stellt das Berufungsgericht nicht darauf ab, daß der Kläger deshalb nicht unter Art. VI BEG-Schluß falle, weil er als ukrainischer Volkszugehöriger nicht aus Gründen seiner Nationalität geschädigt werden sein könne. Es geht vielmehr von den besonderen Umständen des Einzelfalles aus und stellt als Beweggrund des Schädigers für den Freiheitsentzug die Zugehörigkeit des Klägers zum Widerstand und das sich daraus ergebende Sicherheitsvakuum fest. Diese Feststellungen können, wie schon hervorgehoben, vom Revisionsgericht nicht nachgeprüft werden.

Mal

Zern